



FREMDENFENDLICHKEIT UND RECHTSEXTREME PARTEIEN DIE NEUE KRISE IM UKRAINISCHEN PARLAMENT

■ ANALYSE		
Fremdenfeindlichkeit in der Ukraine		2
Von Kerstin Zimmer und Femke van Praagh, Marburg		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Umfragen zu Toleranz und Fremdenfeindlichkeit		6
■ ANALYSE		
Die andere Anomalie der Ukraine: ein Parlament ohne rechtsradikale Fraktionen		7
Von Andreas Umland, Kiew		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Umfragen und Wahlergebnisse		11
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
Regierungskoalition verliert Parlamentsmehrheit		15
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
Ergebnisse der vorgezogenen Lokalwahlen in Kiew am 25. Mai 2008		17
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 27. Mai bis zum 9. Juni 2008		18
<hr/>		
■ LESETIPP		
Neuer Newsletter zu Rechtsextremismus in Osteuropa		19
Reportagen des Stipendienprogramms Rechtsextremismus und Antisemitismus in Mittel-, Süd- und Osteuropa		19

*Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 24.6.2008.
Thema werden aktuelle Entwicklungen in der ukrainischen Literatur sein.*



Analyse

Fremdenfeindlichkeit in der Ukraine

Von Kerstin Zimmer und Femke van Praagh, Universität Marburg

Zusammenfassung

Lange Zeit galt die Ukraine als eine tolerante multi-ethnische Gesellschaft, als eine Art Musterstaat im sonst von interethnischer Gewalt geprägten postsowjetischen Raum. In den vergangenen beiden Jahren häufen sich jedoch alarmierende Berichte über antisemitisch und rassistisch motivierte Straftaten. Die meisten Opfer sind Roma und Juden, jedoch nehmen auch Gewalttaten gegenüber Studierenden, Flüchtlingen und Migranten aus Asien und Afrika zu.

Gesellschaftliche Bedingungen

Unter einer friedlichen gesellschaftlichen Oberfläche befindet sich ein Nährboden für rechte Gewalt. Seit der staatlichen Unabhängigkeit 1991 ist die Fremdenfeindlichkeit in der Ukraine kontinuierlich angestiegen. Ostslawische Gruppen (Ukrainer, Russen, Weißrussen) werden gesellschaftlich toleriert, während »historische« Nachbarn und Minderheiten wie zum Beispiel Polen, Moldawier, Juden und Krimtataren auf geringere Akzeptanz stoßen. Gruppen, die keine »historischen« Wurzeln im Gebiet der heutigen Ukraine haben, werden offen abgelehnt. Dies gilt besonders für »neue« Minderheiten, d. h. Menschen aus Afrika oder Asien. Flüchtlinge und Asylsuchende werden zumeist als illegale Migranten und als Bedrohung der öffentlichen Wohlfahrt und Gesundheit wahrgenommen (ECRI 2008: 16). Einige Nationalitäten/Ethnien – wie Araber oder Tschetschenen – werden mit gewaltsamen Konflikten und Terrorismus in Verbindung gebracht und erfahren eine massive Ablehnung (Panina 2005b). Der nach Nationalitäten aufgeschlüsselte Grad der Ablehnung ist in der Grafik 1 auf Seite 6 abgebildet.

Die fremdenfeindlichen Einstellungen lassen sich durch das Zusammenwirken von Transformationsproblemen und der totalitären Vergangenheit erklären. Sztompka (1993) argumentiert mit einer »unechten Modernität« einer Gesellschaft, die im Sozialismus von oben modernisiert wurde und nur die äußeren Attribute, jedoch nicht die psychologischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft aufweist. Außerdem hat die dreifache Transformation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nach dem Ende der Sowjetunion zu einer wachsenden Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern geführt. Die daraus hervorgehende Verunsicherung und Perspektivlosigkeit, die durch soziale Anomie und Misstrauen verstärkt werden, bieten Mobilisierungspotenziale für Extremisten (Thieme 2007). Besonders ausgeprägt sind intolerante Haltungen bei sozial benachteiligten und arbeits-

losen Jugendlichen. Typisch ist hier eine grundsätzliche Ablehnung von Modernisierung und Demokratie sowie eine Überhöhung der ukrainischen Nation. Diese Grundhaltung zieht die Suche nach Sündenböcken und »leichten Opfern« nach sich.

Rechte Gruppierungen

Die rechte Szene in der Ukraine ist ein buntes Gemisch aus Parteien, Bewegungen und informellen, zum Teil offen gewalttätigen Gruppen. Die organisatorischen und ideologischen Verbindungen und Trennlinien zwischen den Gruppierungen sind zumeist unklar. Viele Gruppen sind nicht eindeutig »nur« rechtsradikal, sondern vertreten auch linksextremistische Positionen, vor allem in sozialen und ökonomischen Fragen.

In der politisch-parlamentarischen Landschaft finden sich ukrainisch-nationalistische Gruppierungen, die sich mehr oder weniger offen fremdenfeindlich äußern. Sie propagieren, Migranten gefährdeten die Zukunft der Ukraine. Einige dieser Parteien oder führende Mitglieder waren bzw. sind Teil der Wahlblöcke von Julia Timoschenko und Viktor Juschtschenko und damit auch im Parlament vertreten. Dies zeigt, dass die Politik den Rechten nicht den Kampf ansagt, sondern sie im anhaltenden Wahlkampfdruck für sich mobilisiert und zum Teil sogar in Wahlbündnisse integriert. 2004 organisierte Viktor Janukowitsch offenbar Skinhead-Gruppen zur Einschüchterung politischer Gegner.

Am äußersten rechten Rand befindet sich die Partei »Freiheitsunion«, die offen gegen Russen und Juden hetzt. Ihre Jugendorganisation griff am 1. Mai 2007 in Charkow vietnamesische Migranten auf und übergab sie den zuständigen Behörden, welche die Abschiebung veranlassten. Rassistische Demonstrationen, wie der »Marsch gegen illegale Migranten« im April 2007, werden meist offiziell genehmigt. Eine weitere Organisation ist die offen nationalsozialistische »Ukrainische Nationalistische Arbeiterpartei« (UNTP). Diese ist

nicht als Partei zugelassen und unterhält enge Verbindung zu gewalttätigen Gruppen wie Skinheads. Skinheads, welche nach Medien- und Polizeiberichten die hauptsächliche Tätergruppe bei rassistischen Überfällen sind, werden auch von anderen ultrarechten Parteien und Gruppierungen als Wählerpotential umworben. Nach offiziellen Angaben gibt es in der Ukraine 500 Personen, die sich selbst als Skinheads bezeichnen. Die Organisationsstrukturen sind unklar und schwach ausgeprägt. Sie treten eher in Form von Banden in Großstädten und wenig ideologisch organisiert auf. Einige der Gruppen sind international vernetzt, wie zum Beispiel die ukrainische Abteilung der internationalen »Blood & Honour Division«. Eine wichtige Position in der rechten Szene nehmen Musikgruppen mit rassistischen Liedtexten ein. Zudem sind die Trennlinien zwischen den gewalttätigen Skinheads und Teilen der Fußball-Hooligans schwer auszumachen. Skinhead-Gruppierungen organisieren regelmäßig öffentliche Demonstrationen und Konzerte, bei denen faschistische Parolen skandiert werden.

Rassismus gegenüber Migranten

Die Opfer von Übergriffen sind meist sichtbare Minderheiten, wie z. B. Roma und als solche erkennbare Juden bzw. jüdische Einrichtungen, Menschen dunkler Hautfarbe, aber auch alternative Jugendliche. Zunehmend geraten »neue« Minderheiten, vor allem ausländische Studierende und Einwanderer ins Visier der gewalttätigen Gruppen. Einwanderung ist für die Ukraine zwar kein neues Phänomen, allerdings haben sich die Größenordnung und die Bedingungen seit dem Zerfall der Sowjetunion stark verändert. Zuvor kamen Migranten vorwiegend auf der Grundlage von Studien- und Arbeitsabkommen mit »sozialistischen Bruderstaaten« mit gesichertem Aufenthaltstatus und gefestigtem Einkommen. Nach der Unabhängigkeit der Ukraine änderte sich die Situation grundlegend. Die Zahl der aufgegriffenen irregulären Migranten stieg von 148 im Jahr 1991 auf 25.782 im Jahr 2006. Die tatsächliche Zahl der irregulär einreisenden Personen, die in der Regel auf dem Weg in die EU sind, dürfte viel höher liegen; die ukrainische Regierung geht von 35.000–50.000 jährlich aus. Obwohl die Ukraine nicht Zielland dieser Migrationsbewegungen ist, sitzen viele Migranten in der Ukraine fest, da die EU-Außengrenze kaum zu überwinden ist. Ihr Leben am Rande der Gesellschaft in den Großstädten ist geprägt von prekären Aufenthalts- und ungünstigen Lebensbedingungen wie hoher Arbeitslosigkeit und Armut, schlechter medizinischer Versorgung, knappem baufälligem Wohnraum und geringen Bildungsmöglichkeiten. Die meisten Migranten stammen aus Russland und anderen GUS-Staaten. Die Zahl »neuer« Einwanderer, zu denen auch viele Flüchtlinge

zählen, ist zwar noch verhältnismäßig gering, aber stark ansteigend. Anhand der Asylantragszahlen lässt sich erkennen, dass sie überwiegend aus Afghanistan, Indien, Pakistan, Russland (vor allem Tschetschenien), Bangladesch, Vietnam, China und Irak stammen.

Auch Rassismus gegenüber diesen Migrantengruppen ist in der Ukraine kein neues Phänomen. Das US Bureau of Democracy, Human Rights and Labor wies bereits 1999 in seinem Bericht zur Menschenrechtslage in der Ukraine darauf hin, dass es häufig zu Bedrohungen von Minderheitengruppen und rassistischer Gewalt gegenüber Migranten aus Afrika und Asien gekommen ist. Auch die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz verzeichnet im Jahresbericht 2001 einen Anstieg rassistischer Personenkontrollen und Übergriffe auf Migranten und Flüchtlinge. Dies bestätigt auch der UNHCR, der seit dem Mord an einem ruandischen Flüchtling 2001 vermehrt Problemanzeigen aus Kiew und anderen Städten erhält (UNHCR 2007). Nach Angaben der IOM (UNHCR 2008) ist seit Dezember 2006 die Anzahl fremdenfeindlicher Überfälle stark angestiegen: Im Oktober 2006 wurde ein Flüchtling aus Nigeria durch Neonazis ermordet; 2007 wurden laut UNHCR allein in Kiew 17 rassistische Übergriffe bekannt. Bereits in den ersten beiden Monaten 2008 kam es zu acht Übergriffen auf Migranten durch faschistoide Jugendliche, wovon einer tödlich endete. Offensichtlich ist auch, dass Flüchtlinge und andere sichtbare Minderheiten überproportional von Personenkontrollen betroffen sind: Folterungen und Misshandlungen im Gewahrsam der Polizei und durch Vollzugsbeamte kommen immer häufiger ans Licht der Öffentlichkeit.

Aber nicht nur Flüchtlinge sind Opfer von Rassismus. Einige der 40.000 ausländischen Studierenden wurden zum Ziel tätlicher Angriffe. Fackelaufmärsche von Neonazis vor den Studierendenunterkünften und Drohungen führen dazu, dass viele Studierende sich nachts nicht mehr auf die Straße trauen. Im April 2007 veröffentlichte das Bildungsministerium eine Pressemitteilung, in der es sich besorgt zeigte über Gewalttaten neo-faschistischer Gruppen und Skinheads gegenüber ausländischen Studierenden. Zudem kam es zu Überfällen auf Personen aus Diplomatenskreisen. Ein afro-amerikanischer Mitarbeiter der US-amerikanischen Botschaft und der ägyptische Botschafter sind Opfer von Neonazigewalt geworden.

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, wie der ukrainische Staat der Situation begegnet. Ukrainische und internationale Menschenrechtler und Experten sind sich einig, dass die Gesetzeslage unzureichend ist. Die Kritik internationaler Organisationen wurde bislang aber nur teilweise umgesetzt.

Probleme der Strafverfolgung

Das verfassungsrechtliche Verbot der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, politischer, religiöser oder anderer Überzeugungen, Geschlecht, ethnischer oder sozialer Herkunft, Besitz, Wohnort, sprachlicher oder anderer Eigenschaften gilt nur für »Bürger« und nicht allgemein für alle Menschen. Die ukrainische Regierung spielt die Diskrepanz herunter und betont die »faktische Irrelevanz« des Unterschieds. Zudem fehlen gesetzliche Definitionen von »Diskriminierung« und »Rassismus«. Artikel 161 des Strafgesetzbuchs setzt sich mit der Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes auseinander und bezieht das Diskriminierungsverbot ebenfalls nur auf »Bürger«. Eine Verurteilung nach diesem Artikel verlangt zudem, dass die rassistische Motivation der Tat eindeutig nachgewiesen wird. Aus diesem Grund wurde dieser Artikel bei Straftaten gegenüber Migranten (Körperverletzung, zum Teil mit Todesfolge) fast noch nie angewandt. Und in nur einem Fall (antisemitischer Übergriff auf eine Synagoge im Jahr 2002) kam es zu einer Verurteilung des Täters, der allerdings vorzeitig aus der Haft entlassen wurde. Auch wenn Artikel 161 des Strafgesetzbuches bei antisemitischen Zeitungen und Zeitschriften häufiger zur Einleitung eines Prozesses geführt hat (weil hier die »Absicht« leichter nachweisbar ist), kam es auch in diesem Bereich bislang nur einmal zu einer Verurteilung. Eine eindeutige Gesetzesgrundlage für die Strafverfolgung rassistischer Publikationen fehlt bislang. Obwohl Artikel 46 des Informationsgesetzes und Artikel 3 des Gesetzes über Printmedien die Verbreitung von Informationen, die rassistische, ethnische oder religiöse Feindseligkeit schüren, Menschenrechte oder Freiheiten beeinträchtigen verbieten, erschweren Artikel 34 der ukrainischen Verfassung und Artikel 18 des Pressegesetzes eine strafrechtliche Verfolgung, da eine Einschränkung der Meinungsfreiheit nicht erlaubt ist.

Ein weiteres Problem ist, dass nur wenige rassistisch motivierte Straftaten als solche angezeigt bzw. verfolgt werden. Die Miliz verbucht selbst viele davon unter »Rowdytum« und leitet Strafverfahren nach dem entsprechenden Artikel 296 des Strafgesetzbuches ein. Die schlecht bezahlte ukrainische Miliz ist noch nicht wirklich reformiert, so dass sie noch sowjetische Züge trägt und sehr zentralistisch organisiert ist. Darüber hinaus haben die Opfer Angst, Straftaten anzuzeigen, da die Polizei oftmals selbst rassistisch handelt. Zwar hat die Miliz im Sommer 2007 den Skinheads den Kampf angesagt, aber die Einheiten, die im Zuge dessen geschaffen werden, sollen sich gleichzeitig mit Straftaten gegen und von Ausländern befassen. In den ukrainischen Medien wird dabei aufgerechnet – und es wird festgestellt, dass Ausländer häufiger Straftaten begehen, als dass sie Opfer von Gewalt werden. Dabei

wird nicht nach Arten von Straftaten differenziert und auch nicht bedacht, dass viele Gewalttaten gegenüber Minderheiten nicht angezeigt werden. Hinzu kommt, dass ukrainische Politiker und Strafverfolgungsbehörden das Problem lange Zeit geleugnet haben. Schließlich trägt auch die offizielle Doktrin, die Ukraine sei ein multi-ethnischer und toleranter Staat dazu bei, die Augen zu verschließen. Weiterhin besteht das Problem, dass die Ukraine keine Vergangenheitsbewältigung betreibt, d. h. dass weder die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges – zum Teil in Kooperation mit deutschen und rumänischen Faschisten – noch die stalinistischen Verbrechen aufgeklärt werden. Dies schafft eine problematische Grundlage für den Umgang mit rechter Gewalt.

Ansätze antirassistischer Maßnahmen in Staat und Gesellschaft

Konkretes gesellschaftlich-politisches Engagement gegen Rassismus wird von internationalen Organisationen dominiert und finanziert. Geldgeber für Aktionen in der Ukraine sind Staaten wie Norwegen, Niederlande, USA, Kanada, England, Schweiz und die von George Soros finanzierte International Renaissance Foundation. Viele ukrainische NGOs haben ihre Wurzeln in der Menschenrechts- und Demokratiebewegung der Sowjetunion. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind daher überwiegend Demokratisierungsprozesse, Rechtsstaatlichkeit sowie Umsetzung und Einhaltung der Menschenrechte. Das Ausmaß von Rassismus in der Ukraine schätzen sie als eher gering ein. Nur eine NGO: SOS! Racism, hat sich dem Ziel verschrieben, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Ukraine mittels Öffentlichkeitsarbeit zu bekämpfen.

Rassismus wird in erster Linie von internationalen Organisationen als Problem wahrgenommen, während die ukrainische politische und intellektuelle Elite weiterhin das Bild einer toleranten Gesellschaft pflegt. Zudem haben die betroffenen Migranten keine Lobby, die auf die Lösung ihrer Probleme drängen könnte. Dies sieht bei den neuerdings von rassistischen Übergriffen betroffenen Diplomaten anders aus: Nachdem auch diese Personengruppe Opfer von Attentaten wurde und auf anhaltendes Drängen der IGOs hat die Regierung Schritte unternommen, um das Problem Rassismus anzugehen. In verschiedenen Ministerien wurden während des Jahres 2007 auf oberster Ebene Sonderabteilungen eingerichtet bzw. Beauftragte eingesetzt, so im Innenministerium, im Außenministerium und beim Geheimdienst. Kritisch zu beobachten bleibt auch die erwähnte Formierung einer speziellen Einheit zur Bekämpfung von Skinheads und straffälligen Ausländern bei der ukrainischen Miliz. Die Verknüpfung dieser beiden Problemfelder mit dem Ziel, die nationale

Sicherheit zu wahren und nicht an internationalem Image zu verlieren, ist eine bedenkliche Entwicklung.

Die Gegenmaßnahmen erwecken den Verdacht von Aktionismus, dessen Adressat nicht die ukrainische Gesellschaft sondern die internationale Gemeinschaft ist. Es bleibt abzuwarten, wie handlungsfähig und -willig die verschiedenen neuen Einheiten sind. Es besteht die Gefahr der Zersplitterung aufgrund einer unge-

nügenden Koordination zwischen den einzelnen Stellen. Zudem blieben bisher konkrete Maßnahmen und Aktionen aus, so dass sich die Frage nach der Zielrichtung und Effektivität stellt. Ohne ein gut koordiniertes, umfassendes Programm zur Bekämpfung von Rassismus auf gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Ebene ist zu befürchten, dass die Ukraine das Problem Fremdenfeindlichkeit vorerst nicht in Griff bekommt.

Über die Autorinnen

Femke van Praagh, Diplom-Sozialpädagogin, studiert Friedens- und Konfliktforschung (Master) an der Universität Marburg und arbeitet seit 2003 bei Pro Asyl.

Dr. Kerstin Zimmer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Philipps-Universität Marburg.

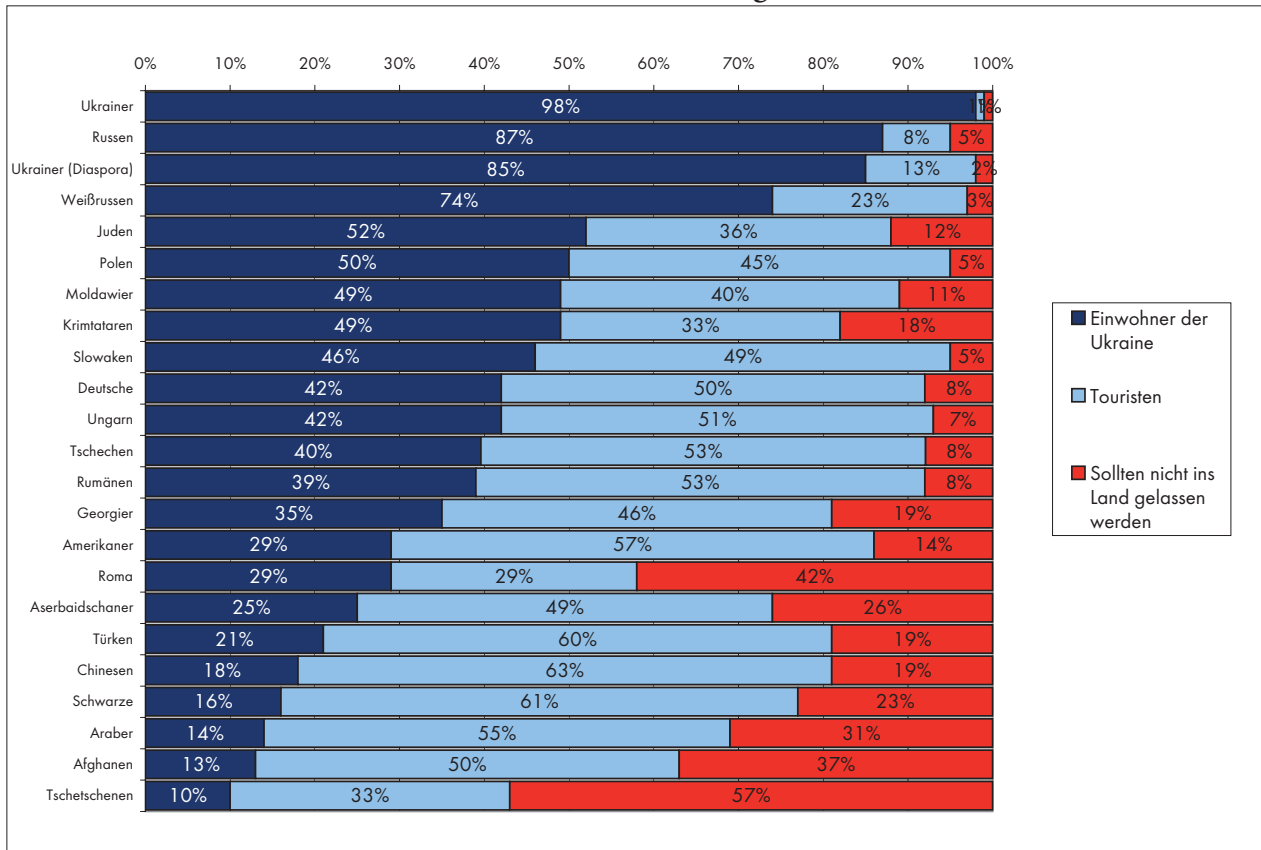
Eine frühere Version des Beitrags wurde veröffentlicht als Zimmer, Kerstin / van Praagh, Femke (2008): »Fremdenfeindlichkeit vor den Toren der EU«, in: Wissenschaft und Frieden, Jg. 26, Nr. 2, S. 40–43.

Bibliographie und Lesetipps

- Amnesty International (2007): Jahresbericht 2007, Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2006, Ukraine, <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/44cc9b529851e45ac1256aa1004bb4c0/af443f7c9f6d6cddc12573010034c061?OpenDocument>
- Cross-Border Cooperation/Söderköping Process (2007): Migration Trends 2004–2006 Söderköping Process Countries, Kiew.
- ECRI (2002): Second Report on Ukraine, adopted on 14 December 2001, CRI (2002) 23, http://www.coe.int/t/e/human_rights/ecri/5-Archives/1-ECRI's_work/5-CBC_Second_reports/Ukraine_CBC2_en.pdf
- ECRI (2008): European Commission against Racism and Intolerance. Third Report on Ukraine, adopted on 29 June 2007, CRI (2008) 4 <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/refworld/rwmain?docid=47b1a04a2>
- Panina, Nataliya (2005a): Faktory natsional'noi identichnosti, tolerantnosti, ksenofobii i antisemitizma v sovremennoi Ukraine, in: Sotsiologiya: Teoriia, Metody, Marketing, Jg. 4, S. 26–45.
- Panina, Nataliya (2005b): Sotsiologicheskii monitoring. Ukrainskoe obshchestvo 1994–2005: God pereloma, Kyiv: Institute of Sociology, National Academy of Sciences.
- Sztompka, Piotr (1993): Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 22, Nr. 2, S. 85–95.
- Thieme, Tom (2007): Extremistische Parteien im postkommunistischen Osteuropa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 43, S. 21–26.
- Webseite des UNHCR: <http://www.unhcr.org>
- UCSJ (2007): Union of Councils for Jews in the Former Soviet Union: News. Antisemitism and Xenophobia in Ukraine, <http://www.fsmonitor.com/>
- UNHCR (2007): Ukraine: UNHCR concerned by rise in attacks on asylum seekers, refugees, <http://www.unhcr.org/news/NEWS/4669266f2.html>
- UNHCR (2008): Concern over the murder of an asylum seeker in Ukraine, <http://www.unhcr.org/news/NEWS/47a304432.html>

Tabellen und Grafiken zum Text

Umfragen zu Toleranz und Fremdenfeindlichkeit

Grafik 1: Vertreter dieser Nationalitäten sollten als ... zugelassen werden (2005):


Quelle: Panina, Nataliya (2005): *Faktory natsional'noi identichnosti, tolerantnosti, ksenofobii i antisemitizma v sovremennoi Ukrainie*, in: *Sotsiologija: Teoriia, Metody, Marketing*, Jg. 4, S. 26-45.

Tabelle 1:

Grad der allgemeinen interethnischen Toleranz der Bevölkerung der Ukraine nach der Bogardus-Skala [eindimensionale Skala der Sozialen Distanz, 1925 vorgeschlagen. »Der Skala liegt die Idee zugrunde, dass jemand um so mehr soziale Distanz zwischen sich und den Mitgliedern einer bestimmten Gruppe gewahrt sehen will, je mehr Vorurteile er gegenüber der Gruppe hat. Bogardus entwickelte seine Skala der sozialen Distanz, indem er Leute fragte, ob sie Mitglieder einer bestimmten Gruppe als Mitbürger, als Nachbarn, als Mitglieder im gleichen Klub usw. akzeptieren würden.« (Dawes, R. M. [1977]: *Grundlagen der Einstellungsmessung*, Weinheim: Beltz, S.106)

Grad der interethnischen Toleranz	Anteil der Bevölkerung mit dem entsprechenden Grad an Toleranz (%)		
	1992	2002	2005
Toleranz	35,2	9,9	10,4
Intoleranz	25,2	16,0	14,8
Segregation (verdeckte Form der Xenophobie)	33,3	48,1	49,5
Xenophobie (offene Form)	6,3	27,0	25,2

Quelle: Panina, Nataliya (2005): *Faktory natsional'noi identichnosti, tolerantnosti, ksenofobii i antisemitizma v sovremennoi Ukrainie*, in: *Sotsiologija: Teoriia, Metody, Marketing*, Jg. 4, S. 26-45.

Analyse

Die andere Anomalie der Ukraine: ein Parlament ohne rechtsradikale Fraktionen

Von Andreas Umland, Nationale Taras-Schewtschenko-Universität, Kiew

»Was ist mit den ukrainischen Nationalisten passiert?« So überschrieb 1999 Paul Kubicek einen Aufsatz, in dem er die relative Bedeutungslosigkeit radikaler nationalistischer Parteien in der Politik der Ukraine in den neunziger Jahren zu erklären suchte. Seitdem hat sich bezüglich der Marginalität ultranationalistischer Gruppierungen im täglichen Kiewer Politikgeschäft wenig geändert.

Die Ukraine im postkommunistischen Vergleich

Der ukrainische Nationalismus ist zweifelsfrei vorhanden und macht in den letzten Monaten viel von sich reden. Die renommierte Kiewer Wochenzeitschrift *Ukrains'kyj tyžden'* (Nr. 18–19/2008, S. 22–23) sprach kürzlich gar von einer »Hitlerisierung« der ukrainischen Politik. Gemeint war die Manipulation des Informationsflusses aus der Ukraine in russischsprachigen Massenmedien mit dem Ziel einer Diskreditierung Kiews durch (a) das Aufgreifen marginaler Anlässe, wie des Verkaufs taiwanesischer Hitlerpuppen in einem ukrainischen Geschäft, (b) die Simplifizierung komplizierter historischer Vorgänge, wie des Verhaltens ukrainischer Patrioten während des Zweiten Weltkrieges, oder (c) künstliche Skandale, wie die Verleumdung des verstorbenen Vaters von Präsident Juschtschenko, der Häftling des KZs Flossenbürg war, in dem russischsprachigen Buch eines nicht auffindbaren »jüdischen Historikers« mit pakistanischem Verleger. Im Widerspruch zum Tenor der teils auch im Westen erfolgreichen Medienkampagnen des Kreml, stellt die Ukraine jedoch in eher entgegengesetzter Hinsicht einen Sonderfall im ost-, ja gesamteuropäischen Kontext dar. Nicht nur ist die Ukraine diejenige Gründungsrepublik der Sowjetunion, die sich – nach den jüngsten Rückschlägen der Demokratisierungen Kirgistans und Georgiens – noch am ehesten in Richtung Demokratie bewegt und die Welt mit der Gewaltfreiheit ihrer »Orange Revolution« 2004 beeindruckte. Darüber hinaus zeichnet sich das ukrainische Parlament dadurch aus, dass ihm schon seit Jahren extrem nationalistische Fraktionen »fehlen«.

Warum dieser Zustand zwar erfreulich, jedoch keineswegs selbstverständlich ist, illustrieren die politischen Landschaften vergleichbarer Staaten. Ob inzwischen mehrjährige, slawische EU-Mitglieder wie Polen oder die Slowakei, jüngste EU-Zugänge mit einer christlich-orthodoxen Tradition wie Bulgarien oder Rumänien oder die sich vom restlichen Europa abnabelnden orthodox-slawischen »Bruderstaaten« der Ukraine Ser-

bien und Russland: in sowohl den teil- als auch vollpluralistischen exkommunistischen Staaten Europas sind radikale nationalistische Gruppierung in der Regel zu festen Bestandteilen sowohl des allgemeinen öffentlichen Diskurses als auch des im engeren Sinne politischen Lebens geworden. Dies drückt sich in erster Linie im Erfolg der betreffenden Gruppierungen bei Parlaments- sowie Präsidentschaftswahlen aus und manifestiert sich in der manchmal wechselhaften sowie nicht immer durchgehenden, aber nichtsdestoweniger sichtbaren Präsenz verschiedener rechtsradikaler oder populistischer Fraktionen in den nationalen Abgeordnetenversammlungen bzw. neuerdings auch in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sowie im Europaparlament.

Rechtsradikalismus in Ost- und Westeuropa

Aus vergleichender Perspektive betrachtet sind diese osteuropäischen Phänomene wenig verwunderlich. Wenn die deutschen Politikwissenschaftler Erwin K. Scheuch und Hans Dieter Klingemann in einem vielzitierten Aufsatz aus dem Jahre 1967 Rechtsradikalismus als »normale Pathologie« westlicher Industriegesellschaften bezeichnen: um wie viel »normaler« ist dann das Vorhandensein ultranationalistischer Gruppierungen in den Parlamenten krisengeschüttelter Transformationsstaaten mit ihren spärlichen demokratischen Traditionen, instabilen politischen Institutionen, zahlreichen ökonomischen Defekten und wenig entwickelten Zivilgesellschaften? Sowohl sozialwissenschaftliche Theorie als auch staatsbürgerliche Intuition sagt voraus, dass die extremen Stresssituationen, die die Osteuropäer in den 1990ern durchleben mussten, Überreaktionen, wie den erheblichen Zuspruch für schrille Nationalpopulisten vom Schlage Wojtslaw Schescheljs, Wadim Tudors, Wladimir Schirinowskijs oder Wolen Siderows, im Grunde erwarten lassen. Selbst im reichen Westeuropa sind die Wahlerfolge vergleichbarer Politiker keineswegs eine Ausnahme, wie der beständige Zulauf dubioser Figuren wie Jean-Marie Le Pen, Jörg

Haider oder Gianfranco Fini belegt. Die Abwesenheit von Rechtspopulisten in den nationalen Gesetzgebungsorganen einiger europäischer Staaten, etwa Deutschlands oder Großbritanniens, ist eher untypisch und wird durch besondere Umstände in diesen Ländern – etwa das britische Majoritätswahlssystem oder die deutsche Vergangenheitsbewältigung – bestimmt. Vor diesem Hintergrund stellen sich die politischen Landschaften vieler osteuropäischer Staaten sogar relativ vorteilhaft dar. Trotz der tiefen soziokulturellen Krisen, die diese Länder in den 1990ern durchlebten, und des bis heute deutlich geringeren Lebensstandards, war die durchschnittliche Unterstützung rechtspopulistischer und -radikaler Parteien und Politiker in Osteuropa in den letzten Jahren nur geringfügig höher als in Westeuropa.

Die Ukraine wirkt in diesem Kontext geradezu anomal: Obwohl das Land mit zunächst 4 % und nun 3 % eine der international niedrigsten Eingangsbarrieren für sein Einkammerparlament hat und eine der tiefsten postsozialistischen Krisen erlebte, schaffte es bisher nur einmal eine der zahlreichen radikal antidemokratischen Parteien als eigenständige Kraft gemäß Verhältniswahlrecht in die Werchowna Rada einzuziehen. Bei den Parlamentswahlen 1998 errang die extrem antiwestliche, demonstrativ prorussische und daher zu unrecht meist als »linksradikal« klassifizierte sogenannte Progressiv-Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU) angeführt von Natalja Witrenko, die enge Verbindungen zu Russlands führendem neofaschistischem Ideologen Alexander Dugin unterhält, mit 4,04 % den selbstständigen Einzug in die Rada. Auch erlangte Witrenko bei den Präsidentschaftswahlen 1999 mit 10,97 % ein beachtenswertes Ergebnis, was jedoch insofern folgenlos blieb, als der Stern Witrenkos im neuen Jahrzehnt wieder sank. Den verschiedenen radikal ethnozentrischen, sich oft als prowestlich deklarenden und meist antirussischen Gruppierungen, wie die Ukrainische Nationale Versammlung (UNA) oder Allukrainische Vereinigung »Freiheit«, gelang es nicht ein einziges mal, bei nationalen Wahlen ein erwähnenswertes Resultat zu erreichen.

Politischer Radikalismus in der ukrainischen Politik

Einzelne ultranationalistische Politiker und Publizisten, wie die erwähnte Witrenko, Dmytro Kortschynsky oder Oleh Tjahnybok, nehmen auch in der Ukraine an öffentlichen Debatten auf nationaler Ebene teil; sie treten im Fernsehen auf und genießen offenbar zumindest bei Teilen der Bevölkerung Akzeptanz. Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe dubioser ukrainischer Publizisten, z.B. Wasyl Jaremenko, Eduard Chodos, Heorhy Schtschjokin, Ihor Kahanez, Juri Schylow, Juri

Kanyhin usw., deren teils hochauflagige und aufwendig verlegte, antisemitische und rassistische Schriften in der ganzen Ukraine vertrieben werden. Zudem darf sich Kiew »rühmen«, die wohl einzige Hochschule mit einer unverhohlenen antisemitischen Leitung in Europa zu beherbergen: die berüchtigte Interregionale Akademie für Personalführung (bekannt unter ihrer ukrainischen Abkürzung »MAUP«) – eine große private Universität mit Filialen in mehreren ukrainischen Städten, vermuteten Finanzinfusionen aus der arabischen Welt und einer rabiat antisemitischen Zeitschrift sowie Buchreihe namens »Personal«.

Die elektorale Impotenz des organisierten ukrainischen radikalen politischen Antiliberalismus ist nichtsdestoweniger unter vergleichenden Gesichtspunkten verblüffend. Sofern man die linkspopulistische und sich häufig opportunistisch verhaltende Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) als nicht voll zum extremistischen Spektrum zugehörig betrachtet, ergibt sich, dass bislang nur einmal (1998 die PSPU) eine explizit antidemokratische Partei von den ukrainischen Wählern in die Werchowna Rada entsandt wurde. Bei den jüngsten Wahlen erlangten Witrenkos PSPU mit 1,32 % und Tjahnyboks Freiheits-Vereinigung mit 0,76 % die »besten« Ergebnisse unter denjenigen Gruppierungen, die als Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung identifiziert werden können.

Selbst wenn man die noch vor kurzem an der Janukowitsch-Regierung beteiligte KPU diesem Spektrum zuschlägt, wandelt sich das heutige Bild nicht grundsätzlich. KPU-Chef Petro Symonenko erhielt bei den Präsidentschaftswahlen 2004 4,97 % und seine Partei bei den Werchowna-Rada-Wahlen 2006 3,66 % und 2007 5,39 %, womit sie jeweils nur knapp über der Eingangsbarriere ins Parlament lag. Zudem können die kommunistischen Parteien der Ex-UdSSR als dem postsozialistischen Kontext spezifische konservative Rentnerwahlklubs betrachtet werden, deren Weltbild und öffentliches Image sich weniger an alternativen Zukunftsszenarien als an einer Verklärung der sowjetischen Vergangenheit orientiert. Das populistische Rabaukentum Symonenkos wirkt letztlich weniger aggressiv, als die antisemitischen Entgleisungen, Referenzen an die deutsche »Konservative Revolution« und geopolitischen Spekulationen, die man immer häufiger in den Verlautbarungen der Führer der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation finden kann.

Es gibt freilich auch in der heutigen Ukraine einige bekannte Parlamentsabgeordnete, wie die prominenten Deputierten der Timoschenko-Fraktion Lewko Lukjanenko (bis 2007), ein ehemaliger Dissident, oder Andry Schkil, ein profiliertes politischer Kommentator, die man einer ultranationalistischen Vergangenheit bzw., etwa im Fall Lukjanenkos, auch jüngerer antisemiti-

scher Aussagen bezichtigen kann. Jedoch sind diese Personen isolierte Akteure, von denen sich zudem etliche inzwischen der herrschenden politischen Korrektheit angepasst bzw., wie im Falle Schkils, gar zu profilierten Demokraten entwickelt haben. Auch die in das Parteienbündnis »Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes« integrierten nationalistischen Splittergruppen, wie der Kongress Ukrainischer Nationalisten, ändern prinzipiell nichts an der liberalen Haltung der Führer des Wahlblocks. Hinzuzufügen ist, dass die Integration politischer Ränder eine Funktion demokratischer politischer Parteien ist. Auch in den großen Volksparteien des Westens gibt es regelmäßig Vertreter, deren Äußerungen sich am Rande der politischen Korrektheit bewegen, die auch antiliberalen Wählergruppen ansprechen und die auf diese Weise helfen, explizit antidemokratische Parteien auszugrenzen. Die Nützlichkeit dieser Integrationsfunktion besteht allerdings nur so lange, wie solche »Rechtsaußenflanken« großer Volksparteien keine Auswirkungen auf das politische Verhalten der betreffenden Partei und ihrer Führung hat. Diese Pathologie moderner Demokratien konnte man jüngst etwa im Einflussgewinn US-amerikanischer evangelikaler Fundamentalisten auf das Weiße Haus beobachten und muss man hinter den jüngsten Versuchen Juschtschenkos vermuten, ukrainische Nazikollaborateure mit dubiosen politischen Ansichten und ungeklärten Kriegsbiographien zu nationalen Helden zu erheben. Trotz dieser in der ukrainischen Gesellschaft auf Widerstand treffenden Tendenzen, erscheinen die heutigen national orientierten Regierungsparteien der Ukraine jedoch in wesentlichen Fragen als weiterhin der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet. So änderte zum Beispiel der Austritt des Kongresses Ukrainischer Nationalisten aus der Wahlvereinigung »Unsere Ukraine« vor den letzten Parlamentswahlen kaum etwas am öffentlichen Profil und an der Ideologie der Vereinigung. Die damit veränderte Komposition des Parteienbündnisses blieb ohne Konsequenzen und bei den Wählern 2007 weitgehend unbemerkt.

Die Ukraine als Vorbild?

Dies steht im Gegensatz zu dem Land, mit dem die Ukraine immer noch häufig in einem Atemzug genannt wird – der Russischen Föderation. Nicht nur findet man im ukrainischen Parlament kein Äquivalent für das militante Antiwestertum, wie es in der Staatsduma bis vor kurzem Dmitrij Rogosins Mutterland-Block demonstrierte und bis heute Schirinowskijs sogenannte »Liberaldemokraten« sowie Sjuganows Nationalkommunisten vertreten. Auch das politische Zentrum Russlands hat sich in den vergangenen Jahren nach rechts verschoben. Eine Reihe bizarrer Ideen zur russischen und Welt-

politik, wie sie in den neunziger Jahren lediglich von politischen Randgruppen vertreten wurden, sind heute Gemeinplätze im russischen politischen Mainstream. Dies betrifft die Sichtweise auf den Westen, insbesondere die USA und NATO, aber auch die dominanten Interpretationsschemata für politische Veränderungen in der ehemaligen Sowjetunion, etwa die inzwischen zur Selbstverständlichkeit gewordenen Verschwörungstheorien zur Erklärung der Orange Revolution sowie der Rosen- und Tulpenrevolution. Am deutlichsten zeigt sich der Unterschied zwischen der Ukraine und Russland bezüglich rechtsextremer Gewaltpotentiale und -taten. Der führende Kiewer Rechtsextremismusexperte Wjatscheslaw Lichatschow schätzte mir gegenüber im Mai 2008 die offizielle Zahlenangabe für Skinheads in der Ukraine von 500 als zu gering ein und setzte sie bei bis zu 2000 Personen an, wobei hierunter auch nichtnazistische Skinheads fallen würden. Diese Korrektur ist unerfreulich, klingt jedoch weniger bedrohlich, als die vergleichbaren Schätzungen für die derzeitige Zahl der russischen Skinheads von über 50.000 (einige Schätzungen gehen bis zu 80.000), wobei hier der überwiegende Teil dieser Subkultur in Russland als neonazistisch gilt.

Ähnlich divergierende Daten liegen bezüglich rechtsextremer Gewalttaten in den beiden ostslawischen Staaten vor. In der Ukraine wurden etwa in den ersten drei Monaten dieses Jahres 44 derartige Übergriffe, davon zwei mit tödlichem Ausgang, registriert (Union of Councils for Jews in the Former Soviet Union, 30.4.08). Diese Zahlen erscheinen hoch – allerdings nur so lange man sie nicht vergleichbaren russischen Angaben gegenüberstellt. Das Moskauer Monitoringzentrum »SOWA« registrierte für denselben Zeitraum, also Januar-März 2008, in Russland 112 verwundete und 39 getötete Personen als Resultat rechtsradikaler Attacken – Tendenz steigend. Kritische russische Beobachter sprechen angesichts solcher Daten bereits von einem unerklärten Bürgerkrieg gegen Nichtslawen in Russland.

Weshalb es die ukrainischen Wähler und Eliten bisher vermögen, nicht nur Ost- sondern auch Westeuropa das nachahmenswerte Vorbild einer weitgehenden Ausgrenzung des organisierten Ultrationalismus vom nationalen Gesetzgebungsprozess zu bieten, erscheint als Rätsel. Weder scheinbare Besonderheiten des nationalistischen Parteienspektrums, noch eine angebliche spezielle Toleranz der Ukrainer taugen als umfassende Erklärungen. Zwar ist die Tätigkeit der ukrainischen nationalistischen Gruppen tatsächlich von Selbstobstruktion bzw. -destruktion durch interne Streitigkeiten und größenwahnsinnige Führer geprägt. Diese Charakteristika findet man jedoch in vielen rechtsradikalen Parteienspektren, die es nichtsdestoweniger schaf-

fen, ihre kollektiven Aktionsprobleme früher oder später zu überwinden.

Rechtsextreme Potentiale der Ukraine

Weiterhin belegen Umfragen, dass die Verbreitung xenophober Einstellungen in der ukrainischen Bevölkerung hoch und in diesem Jahrzehnt weiter gestiegen ist (Panina 2006). In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Ukraine kaum bzw. eher in negativer Hinsicht von den anderen Transformationsstaaten.

Ein offensichtlich wichtiger Faktor ist, dass sich das Land in zwei historisch gewachsene Großregionen, einerseits die West-, andererseits die Süd- und Ostukraine, teilt, in denen die ukrainische Nation sowie ihre Interessen auf unterschiedliche Art und Weise definiert werden. Aufgrund des unterschiedlich hohen Einwirkungsgrades russischer Massenmedien stellen sie darüber hinaus separate Informationsräume dar. Dementsprechend ist Tjahnyboks Freiheits-Vereinigung in etlichen Regional- und Lokalparlamenten der Westukraine und Witrenkos PSPU in solchen der Ost- und Südukraine, jedoch derzeit keine der beiden Gruppierungen im nationalen Parlament vertreten.

Aber auch diese Begründung ist angesichts der niedrigen Eintrittsbarriere, die den Zugang in die Werchowna Rada seit der Erlangung der Unabhängigkeit begrenzt (4 bzw. 3 %), nicht hinreichend. Die relativ geringen Klauseln hätten es auch Parteien mit einem regional konzentrierten Wählerpotential erlauben können, parlamentarische Repräsentanz zu erlangen, zumal

bei der derzeitigen 3%-Klausel strategisches Wahlverhalten keine große Rolle spielen dürfte. Auch könnte man unter anderem an das Beispiel Belgien erinnern, wo die Teilung des Landes in zwei sich noch stärker unterscheidende Kulturen kein Hindernis für den Aufstieg des rechtsextremen Vlaams Blok bzw. Vlaams Belang darstellte.

Das hier gezeichnete relativ positive Bild der Ukraine ist allerdings um eine Notiz zu ergänzen: Es gibt laut der kürzlich verstorbenen Soziologin Natalja Panina (2006) eine Korrelationen zwischen der stärker prowestlichen Einstellung sowohl der Westukrainer als auch ukrainischer Jugendlicher einerseits und dem Grad der Akzeptanz xenophober Ansichten andererseits. Demnach sind diejenigen Regionen, die gemeinhin als am stärksten proeuropäisch gelten, bestimmten europäischen Werten weniger nahe als die eher prorussisch eingestellte Ostukraine. So ist die Wählerschaft Juschtschenkos z. B. bedeutend antisemitischer als diejenige Janukowitschs, wobei ergänzt werden muss, dass der wichtigste Bestimmungsfaktor hierfür scheinbar nicht die Region *per se* ist, sondern der stärker ländliche Charakter der West- und eher städtische Charakter der Ostukraine den Ausschlag gibt. Wie auch immer, die hohe Verbreitung xenophober Stereotypen bei Jugendlichen in der ganzen Ukraine ist ein schlechtes Omen. Falls die Ukraine ihre niedrige 3%-Klausel beibehält, könnte es zu einer unerfreulichen »Europäisierung« der Zusammensetzung der Werchowna Rada nach den nächsten Parlamentswahlen kommen.

Über den Autor

Dr. Andreas Umland ist Lektor des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes an der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität Kiew.

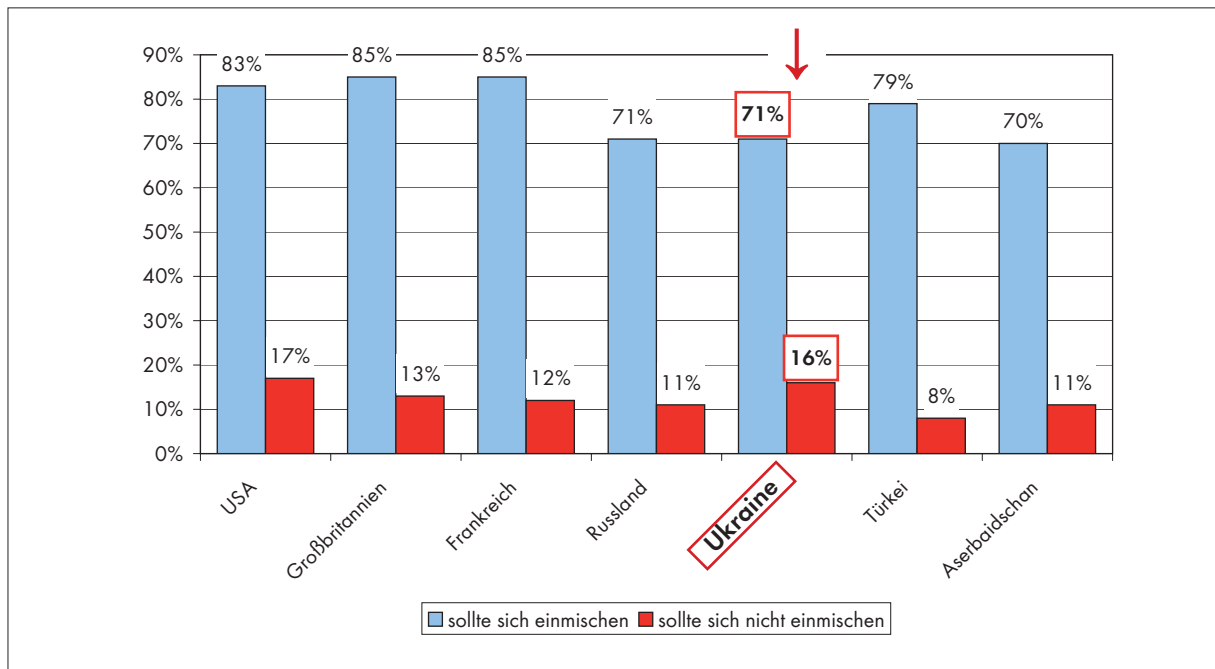
Bibliographie und Lesetipps

- Haluško, Kyrilo (2008): Bytyj šljach vid archeologiji do nacyzmu, abo jaki »teoriji« my obgovorjujemo, in: Olijnyk, Julija (Hrsg.): Novitni myfy ta fal'syvyky pro pochodžennja ukrajinciv, Kyjiv: Tempora, S. 11–28.
- Panina, Natalja (2006): Faktory nacional'noj identičnosti, tolerantnosti, ksenofobii i antisemitizma v sovremennoj Ukraine, in: Vestnik obščestvennogo mnenija, Nr. 1, S. 26–38.
- Kubicek, Paul (1999): What Happened to the Nationalists in Ukraine? in: Nationalism and Ethnic Politics, Nr. 1, S. 29–45.
- Kuzio, Taras (1997): Radical Nationalist Parties and Movements in Contemporary Ukraine and After Independence. The Right and Its Politics, 1989–1994, in: Nationalities Papers, Nr. 2, S. 211–242.
- Kuzio, Taras (2007): Theoretical and Comparative Perspectives on Nationalism. New Directions in Cross-Cultural and Post-Communist Studies, Stuttgart: ibidem-Verlag.
- Rudling, Per Anders (2006): Organized Antisemitism in Contemporary Ukraine. Structure, Influence and Ideology, in: Canadian Slavonic Papers, Nr. 1–2, S. 81–119.
- Scheuch, Erwin K. unter Mitarbeit von Hans Dieter Klingemann (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Nr. 12, S. 11–19.

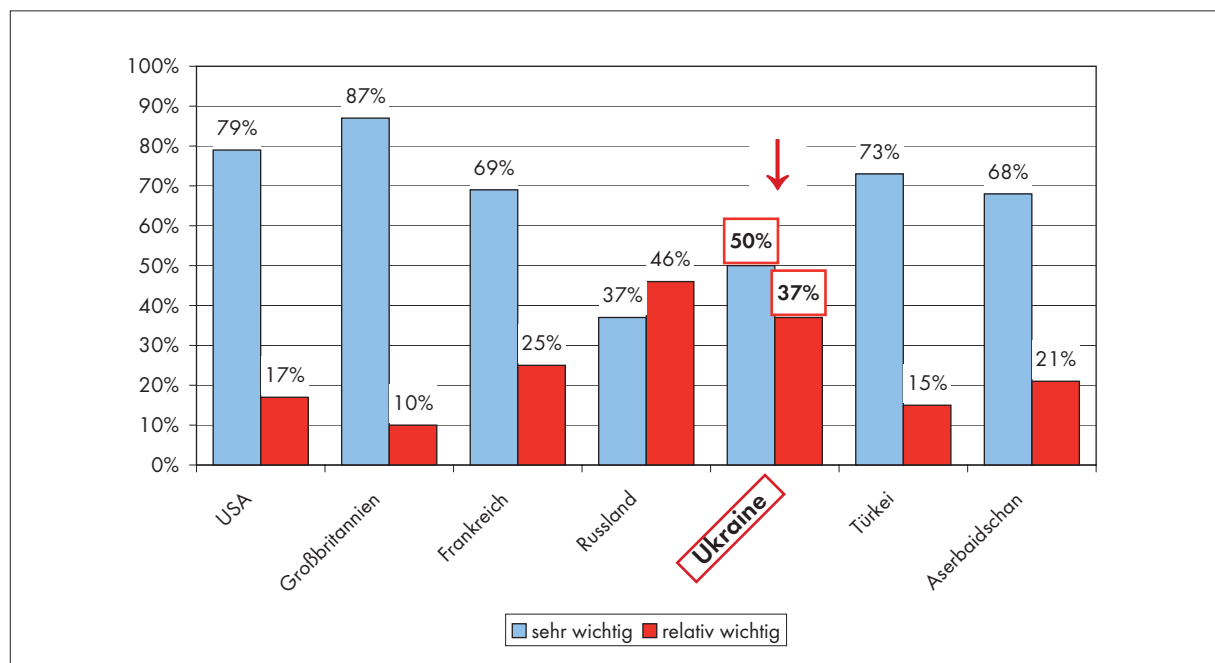
Tabellen und Grafiken zum Text

Umfragen und Wahlergebnisse

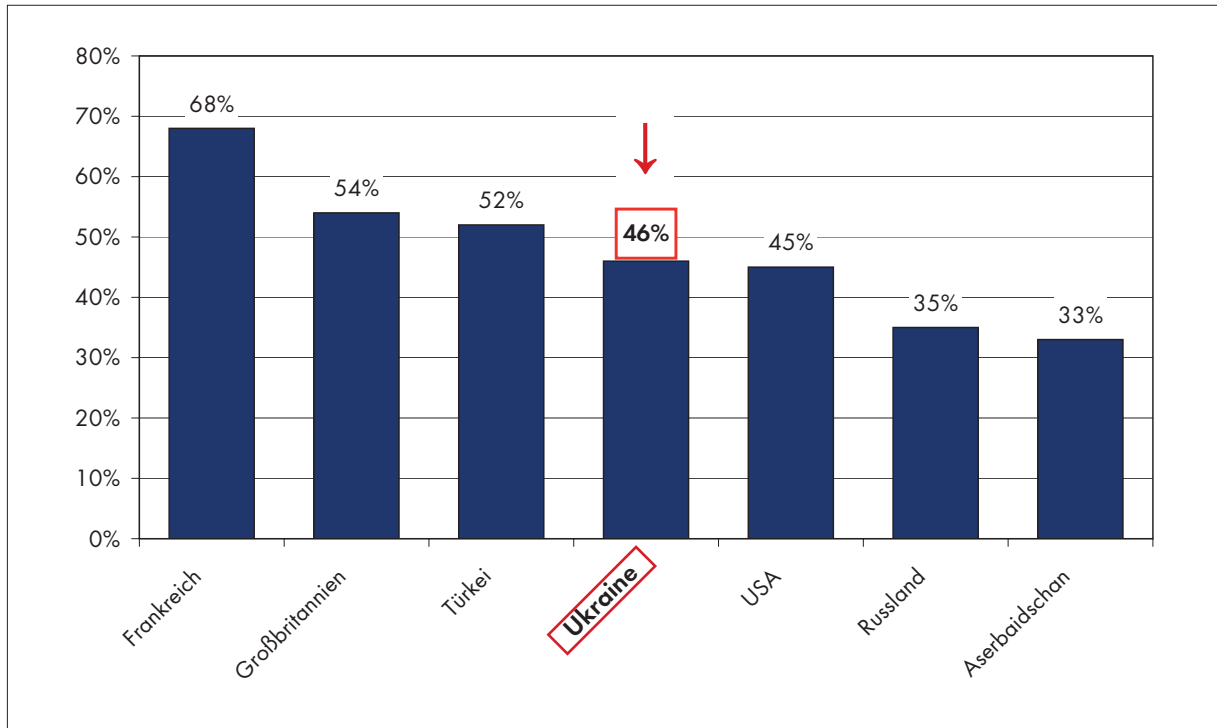
Meinen Sie die Regierung sollte sich bemühen Diskriminierung aufgrund der Ethnizität eines Menschen zu verhindern oder sollte sich die Regierung in diese Dinge nicht einmischen?



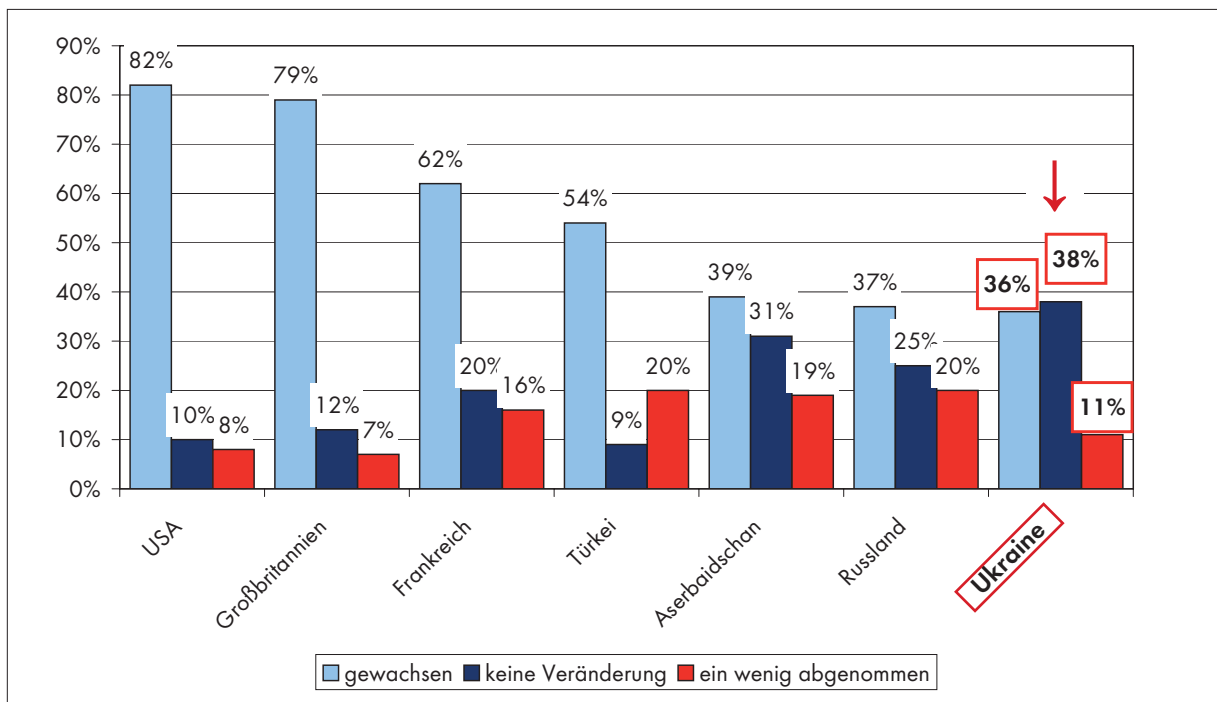
Wie wichtig ist es für Menschen unterschiedlicher Ethnizität gleich behandelt zu werden?



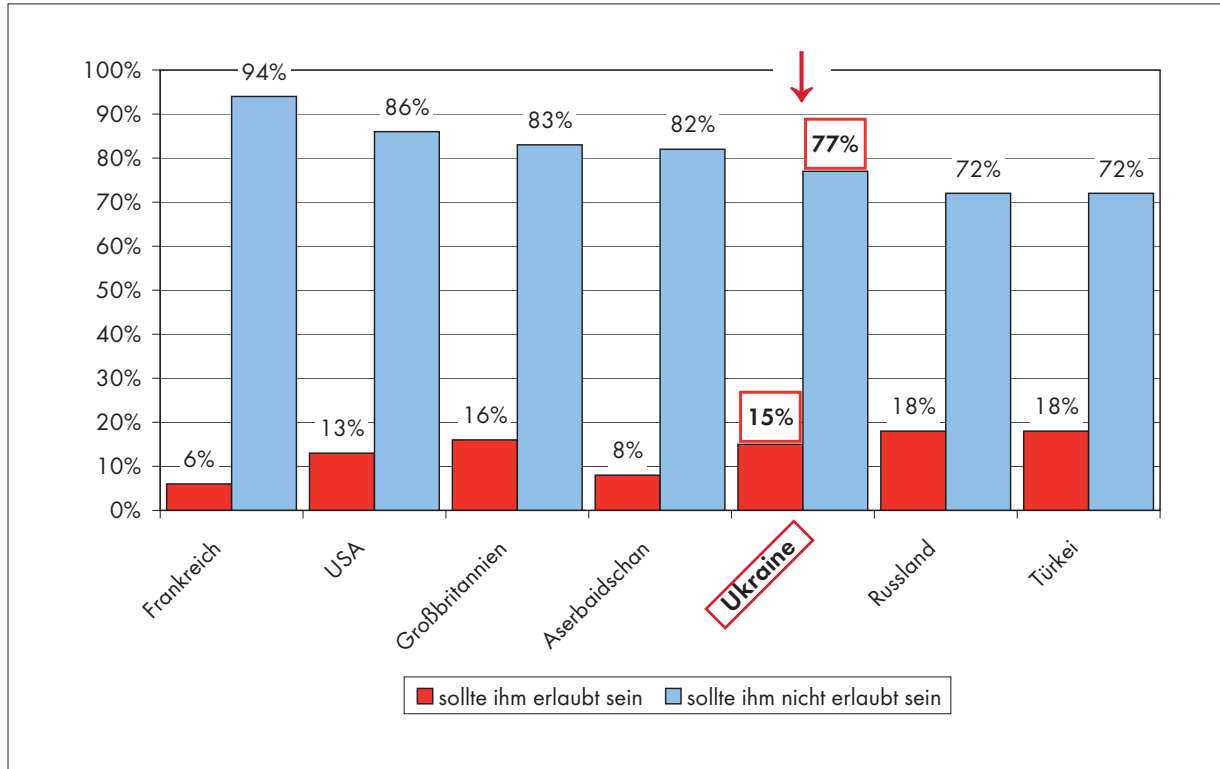
Denken Sie dass die Regierung genug tut, um Diskriminierung aufgrund von Ethnizität zu verhindern oder sollte sie mehr tun? (Nur die Antworten derjenigen, die der Meinung waren, dass die Regierung mehr tun sollte)



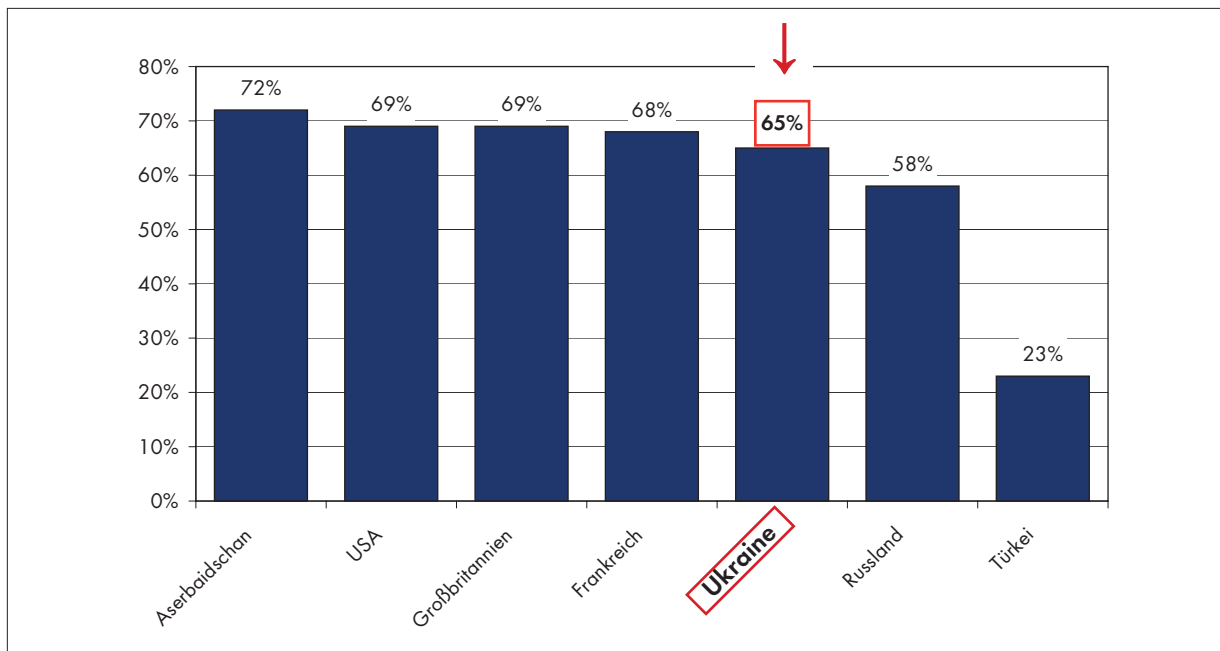
Wenn Sie auf Ihre Lebenszeit zurückblicken, würden Sie sagen dass die Gleichbehandlung von Menschen unterschiedlicher Ethnizität sehr gewachsen ist im Vergleich zur Vergangenheit, ein wenig gewachsen ist, ein wenig abgenommen hat, wesentlich abgenommen hat oder gibt es eigentlich keine Veränderung?



Meinen Sie einem Arbeitgeber sollte es oder sollte es nicht erlaubt sein eine qualifizierte Arbeitskraft aufgrund ihrer Ethnizität nicht einzustellen?



Meinen Sie die Regierung ist verantwortlich dafür den Versuch zu unternehmen einen Arbeitgeber daran zu hindern, einen Arbeitnehmer aufgrund seiner Ethnizität nicht einzustellen oder sollte sich die Regierung nicht einmischen? (Nur Antworten »Die Regierung ist verantwortlich«)



Quelle: World Public Opinion, http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/mar08/wpo_race_mar08_rpt.pdf, März 2008

Wahlergebnisse einiger radikal antiwestlicher Parteien

Partei	Parlamentswahlen 1998	Parlamentswahlen 2002	Parlamentswahlen 2006	Parlamentswahlen 2007	Präsidentenwahlen 1999	Präsidentenwahlen 2004	Präsidentenwahlen 2004	Präsidentenwahlen 2008	Präsidentenwahlen 2008
Ukraine									
Progressive Sozialistische Partei der Ukraine	4 %	3,22 % (mit Partija Osvitjan Ukrainy im Block Natalja Wjrenko)	2,93 % (mit Russisch-Ukrainischer Gemeinschaft »Rus« im Block Natalja Wjrenko)	1,32 %	Wjrenko 10,97 %	Wjrenko 1,53 %			
Ukrainische Nationale Versammlung	0,39 %	0,04 %	0,06 %						
Russland									
LDPR	Dumawahlen 1999 5,98 %	Dumawahlen 2003 11,45 %	Dumawahlen 2007 8,14 %	Präsidentenwahlen 2000 Schirinowskij 2,7 %	Präsidentenwahlen 2004 Malyschkin 2,02 %	Präsidentenwahlen 2008 Schirinowskij 9,35 %			
Serbien									
Serbische Radikale Partei	Parlamentswahlen 2000 8,6 %	Parlamentswahlen 2003 27,61 %	Parlamentswahlen 2007 28,59 %	Parlamentswahlen 2008 30,1 %	Präsidentenwahlen 2002 Scheschelj 23,24 % (für ungültig erklärt) 2. Wahl: Scheschelj 36,08 % (ebenfalls ungültig)	Präsidentenwahlen 2003 Nikolitsch 46,23 % (für ungültig erklärt)	Präsidentenwahlen 2004 Nikolitsch 30,6 % (in der Stichwahl 45,40 %)	Präsidentenwahlen 2008 Nikolitsch 39,99 % (in der Stichwahl 47,97 %)	

Dokumentation

Regierungskoalition verliert Parlamentsmehrheit

Seit den vorgezogenen Parlamentswahlen im September 2007 haben die Fraktionen von Block Timoschenko und Unsere Ukraine eine äußerst knappe Mehrheit in der Werchowyna Rada von 228 der insgesamt 450 Sitze. Diese nutzten sie nach zähen Verhandlungen im Dezember zur Bildung einer Regierungskoalition. Nachdem ein Abgeordneter die Koalitionsvereinbarungen nicht unterschrieb, schrumpfte die Mehrheit auf 227 Abgeordnete. Als nun am Freitag, dem 6.6.2008, zwei Abgeordnete ihren Austritt aus der Regierungskoalition erklärten, verlor diese ihre Mehrheit im Parlament und kann nun nur noch genau die Hälfte der Parlamentssitze besetzen. Wenn der Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk die Koalition für gescheitert erklären sollte, müsste sich innerhalb eines Monats eine neue tragfähige Koalition bilden, denn sonst kann der Präsident des Landes das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen. Die folgende Meldung dokumentiert die Haltung Jazenjuks.

Rechtliche Grundlagen für eine Auflösung der parlamentarischen Koalition gibt es nicht, sagt der Parlamentspräsident Arsenij Janzenjuk

Dies betonte Jazenjuk am Montag bei einem Gespräch mit Journalisten in Athen und bezog sich dabei auf den Austritt von zwei Abgeordneten aus der Koalition.

»Es gibt eine einzige Person, die das Ende der Koalition ausrufen kann – und das ist der Parlamentspräsident. Der Parlamentspräsident hat dies nicht getan, weil der Parlamentspräsident überzeugt davon ist, dass es keinerlei rechtliche Grundlagen für eine Beendigung der Koalitionsarbeit gibt«, erklärte Jazenjuk.

Ihm zufolge beeinflusst der Austritt der zwei Abgeordneten »ausschließlich das Ergebnis von Abstimmungen«.

Gleichzeitig unterstrich er, dass der Austritt der beiden Abgeordneten aus der Koalition »formaljuristisch keine Auswirkungen auf die gesetzliche Legitimität der Koalition habe«. Nach Meinung Jazenjuks könnten auch 10 oder 15 Abgeordnete die Koalition verlassen. »Solange es keine entsprechende Entscheidung der Fraktion über einen Austritt aus der Koalition gibt, gilt die Koalition als absolut normal und existiert formaljuristisch wie gehabt«, sagte Jazenjuk.

Der Parlamentssprecher bemerkte, dass es nach dem Austritt der beiden Abgeordneten bestimmte Probleme bei den Abstimmungen geben wird. Gleichzeitig erinnerte Jazenjuk daran, dass innerhalb eines halben Jahres von 51 Gesetzen nur 11 ausschließlich mit den Stimmen der Koalition angenommen wurden, die anderen 40 Gesetze dagegen wurden fast vom gesamten Parlament verabschiedet. Des Weiteren wurden nur vier Beschlüsse durch die Ja-Stimmen der Koalition entschieden, 237 Beschlüsse dagegen vom ganzen Parlament.

[..]

Zugleich bemerkte der Sprecher, dass der Austritt der Abgeordneten ein »sehr negatives Signal für die Koalition darstellt. Unter allen Umständen muss es innerhalb der Koalition einen politischen Dialog geben.«

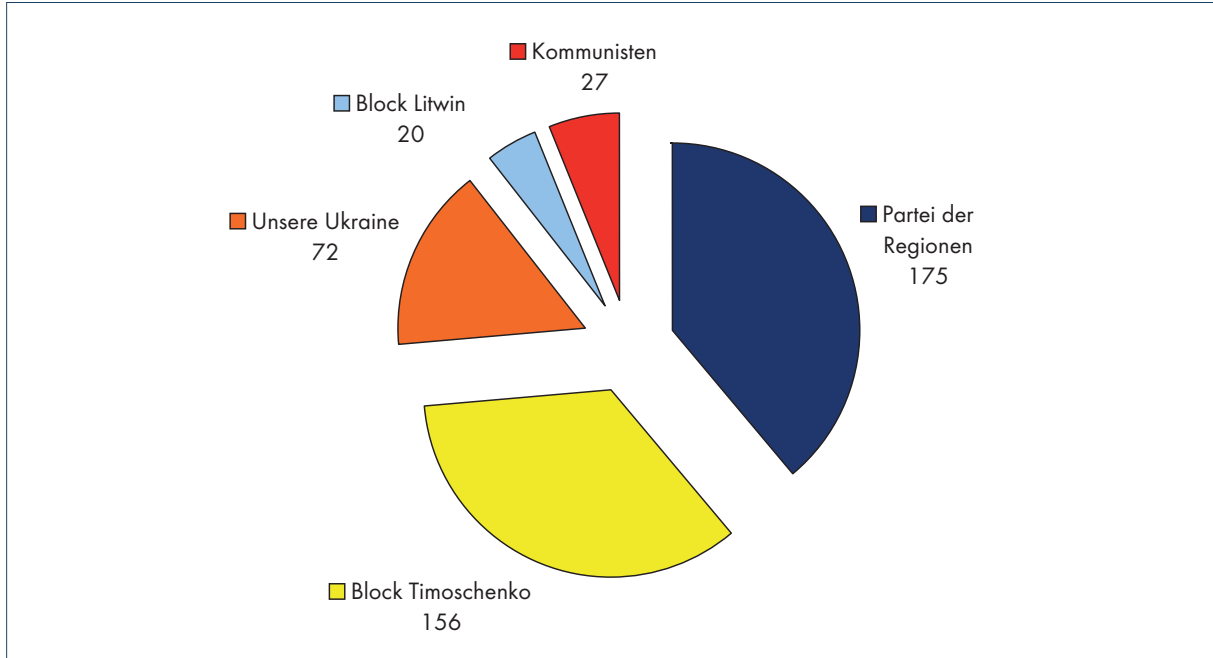
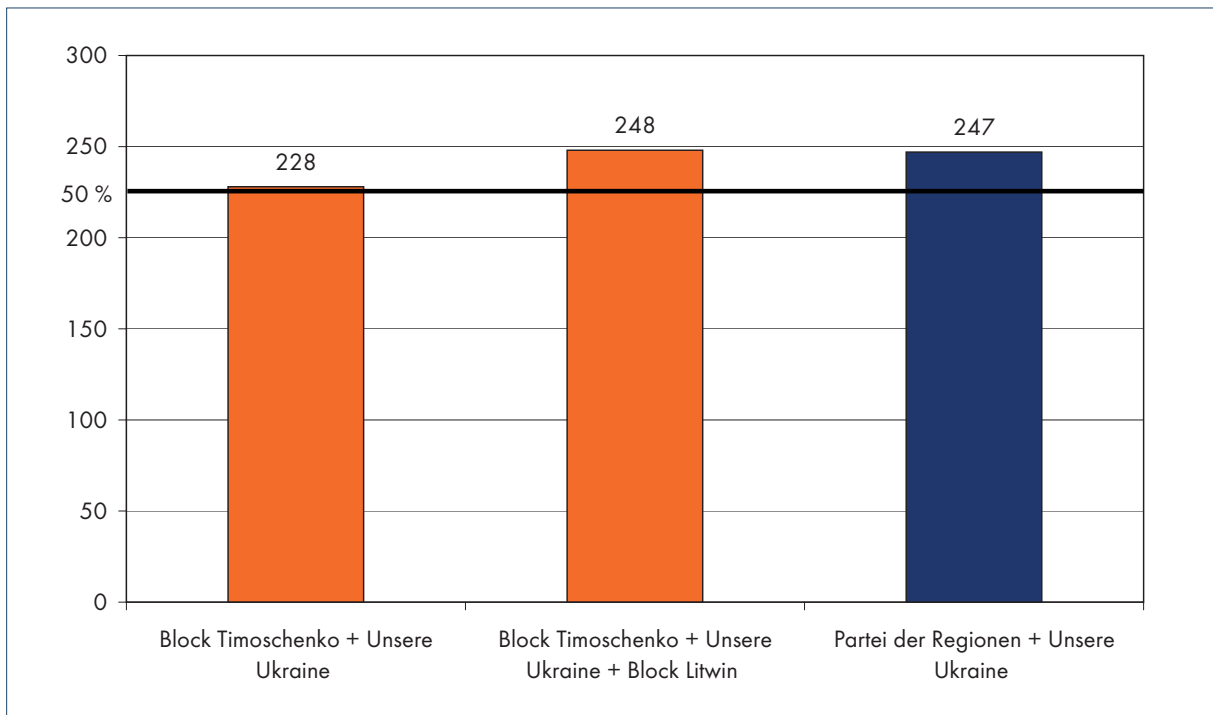
»Heute liegt das Schicksal der Koalition in den Händen des Parlamentssprechers, der ihre Beendigung nicht erklärt... das heißt jedoch nicht, dass sich dies niemals ändern wird« ließ Jazenjuk vernehmen.

Er habe in diesem Zusammenhang einen Brief an Präsident Viktor Juschtschenko und Ministerpräsidentin Julia Timoschenko geschrieben, in dem er unbedingten Zusammenhalt bei wichtigen nationalen Fragen fordert. Seinen Worten nach sollten die Politiker »aufhören politische Spielchen zu treiben, weil diese das Land sehr teuer zu stehen kommen werden.«

[..]

Übersetzung: Judith Janiszewski

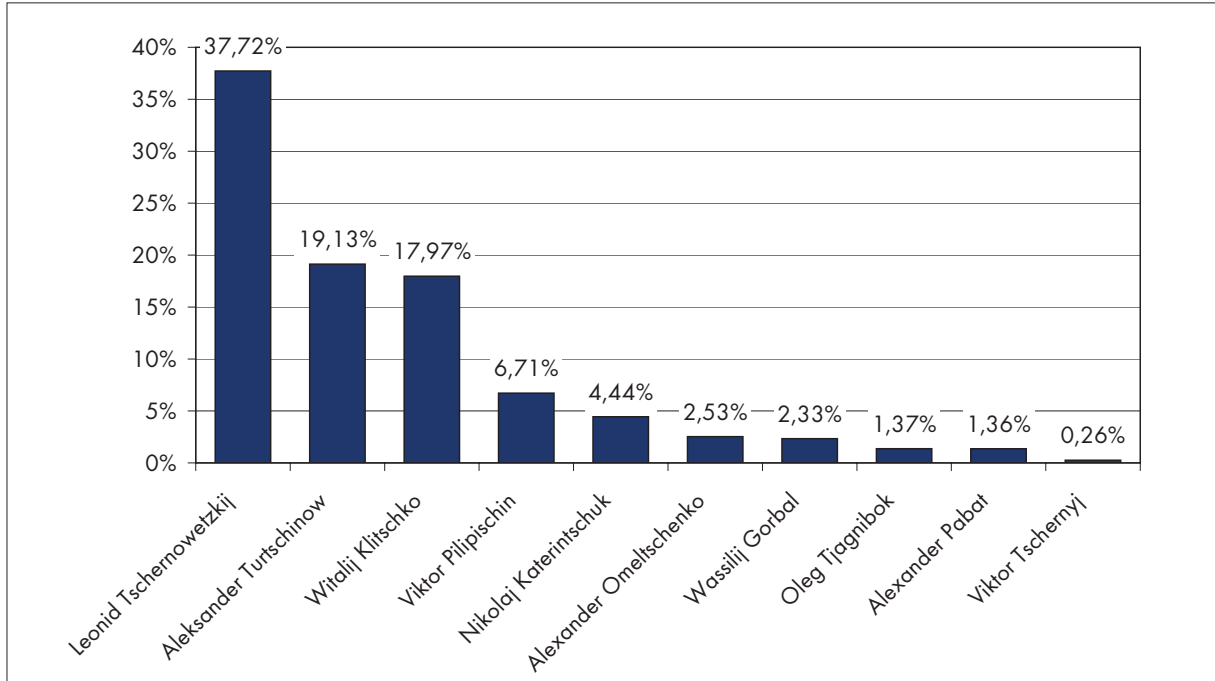
Quelle: Interfax.com, 9.6.2008, 16.28 Uhr

Grafik 1: Fraktionsgrößen im Parlament

Grafik 2: Rechnerisch mögliche Koalitionen (Zahl der Abgeordneten)


Dokumentation

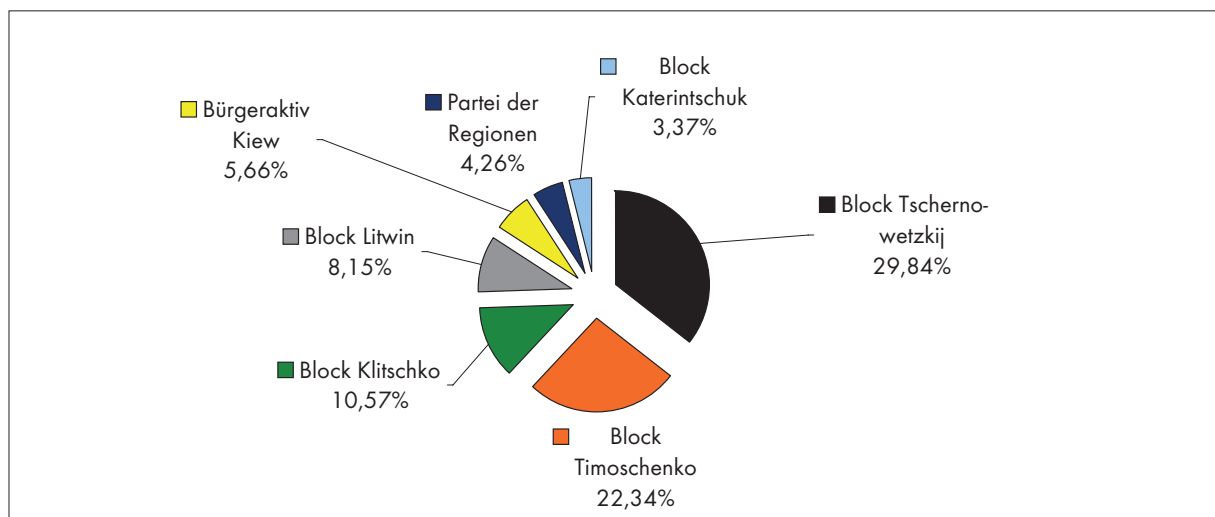
Ergebnisse der vorgezogenen Bürgermeisterwahl und der Stadtratswahl in Kiew am 25. Mai 2008

Wahl des Bürgermeisters



Anmerkung: Weitere Kandidaten erhielten weniger als 0,26 %.

Wahl des Kiewer Stadtrates



Anmerkung: Aufgeführt sind alle Parteien/Blöcke mit einem Wahlergebnis von mehr als 3 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 53,39 %.

Quelle: <http://www.gusnews.net/2008/05/28/ukraine-endgultige-wahlergebnisse-inkiew/>; http://en.wikipedia.org/wiki/Kiev_mayoral_election_2008

Einen Aufsatz zum Wahlkampf finden Sie in den Ukraine-Analysen Nr. 38, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/2008/UkraineAnalysen38.pdf>

Chronik
Vom 27. Mai bis zum 9. Juni 2008

27.5.2008	Das Verfassungsgericht der Ukraine beurteilt Teile des Gesetzes über den Staatshaushalt als verfassungswidrig, da einige Regelungen bereits in anderen Gesetzeswerken festgeschrieben seien und das Parlament kein Recht habe diese Regelungen abzuändern.
29.5.2008	Der russische Präsident Dmitrij Medwedew hat seinen ukrainischen Amtskollegen Viktor Juschtschenko vor einseitigen Schritten gewarnt, die den Vereinbarungen zwischen beiden Staaten widersprechen. Hintergrund: Juschtschenko hatte am 20. Mai die Regierung beauftragt, ein spezielles Gesetz über den Abzug der russischen Schwarzmeer-Flotte im Jahre 2017 aus Sewastopol auszuarbeiten.
30.5.2008	Laut Präsident Viktor Juschtschenko nimmt die Inflation im Land ein bedrohliches Ausmaß an (seit Jahreswechsel über 13%). Diese Aussage ist Teil der Diskussion um ein Anti-Inflationsgesetz und der Suche nach Verantwortlichen.
30.5.2008	Das Verfassungsgericht der Ukraine bestätigt das imperative Mandat der Abgeordneten in den kommunalen Parlamenten.
2.6.2008	Die Bürgerbewegung »Selbstverteidigung des Volkes«, die Teil der Regierungskoalition ist, fordert von Präsident Viktor Juschtschenko, dass er den Leiter der Präsidentsverwaltung Viktor Baloha und den Generalstaatsanwalt Viktor Medwedko entlässt. Autoritarismus und Korruption würden durch sie eher gefördert als bekämpft. Ersteren machen sie für politische Repressionen gegen die eigene Bewegung verantwortlich.
3.6.2008	Auch die letzten drei Verfassungsrichter haben nun ihren Schwur auf die Verfassung geleistet und das Verfassungsgericht arbeitet jetzt vollzählig mit 18 Richtern.
3.6.2008	Ein lokales Kiewer Gericht erklärt die Eröffnung des Strafverfahrens gegen Innenminister Jurij Luzenko, das u. a. wegen einer handgreiflichen Auseinandersetzung mit Bürgermeister Leonid Tschernowetzki initiiert wurde, für nicht gesetzmäßig.
4.6.2008	Die russische Duma schlägt dem Präsidenten und der Regierung vor, aus dem russisch-ukrainischen Freundschaftsvertrag auszuschneiden, wenn die Ukraine ihre Pläne zum NATO-Beitritt in die Tat umsetzt. Präsident Viktor Juschtschenko hält es für einen großen politischen Fehler, die Beziehungen der beiden Länder einer Revision zu unterziehen. Am Folgetag verurteilte das ukrainische Außenministerium den Vorschlag der Duma als unverhohlene Erpressung.
5.6.2008	Abermals blockieren Abgeordnete die Tribüne des Parlaments – diesmal sind es die Mitglieder der Partei der Regionen. Die Abgeordneten fordern, den Bericht der jetzigen Leiterin des Fonds für Staatsvermögen, Valentina Semenuk-Samsonenko, entgegenzunehmen und erst danach die Frage ihrer Entlassung zu erörtern. Laut Gesetz wird der Chef des Fonds für Staatsvermögen vom Parlament ernannt und entlassen. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko hatte die amtierende Semenuk-Samsonenko von ihrem Amt suspendiert (Präsident Viktor Juschtschenko hat diesen Beschluss zwei Mal ausgesetzt) und ein Mitglied ihres Blocks, Andrej Portnow, dafür eingesetzt, nun schlägt ihr Block Andrej Koschemjakin für das Amt vor. Die Generalstaatsanwaltschaft hat gegen Portnow ein Untersuchungsverfahren eingeleitet wegen seines Versuches, den Hafbetrieb in Odessa zum Verkauf auszuschreiben, obwohl dessen Privatisierung vom Präsidenten gestoppt worden war. Dieser zog nun seine Kandidatur zurück.
6.6.2008	Zwei Abgeordnete der Regierungskoalition, Igor Rybakow aus dem Block Timoschenko und Jurij But aus dem Block Unsere Ukraine, geben ihren Austritt aus der Koalition bekannt. Damit hat die Regierung Timoschenko ihre Mehrheit verloren, die lediglich aus 227 von 450 Sitzen bestand.
6.6.2008	Die schweizerische RusUkrEnerg AG, der größte Gasimporteure für die Ukraine, fordert vor dem Schiedsgericht in Stockholm eine Geldstrafe von 55 Mio. Dollar von der ukrainischen Importfirma Naftohas Ukrainy für die verspätet Bezahlung der Gaslieferungen im Jahre 2006. Der russische Außenminister Sergej Lawrow verkündet, dass die russischen Gaspreise für die Ukraine sich ab 2009 verdoppeln werden, weil die zentralasiatischen Länder ihre Preise den europäischen anpassen werden.
9.6.2008	In der Stadt Jenakijewo verursachte eine Gasexplosion in einem Kohlebergwerk ein schweres Grubenunglück – 11 Männer sind noch verschüttet. Der Schacht füllt sich langsam mit Grundwasser.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesetipp

Neuer Newsletter zu Rechtsextremismus in Osteuropa

Das Zentrum für Demokratische Kultur Berlin (ZDK) und der DRA haben mit der Veröffentlichung eines monatlichen Newsletters zum Thema „Rechtsextremismus in Osteuropa“ begonnen. Die Mai-Ausgabe erscheint in den nächsten Tagen. Die Recherchen vor allem zu Russland, der Ukraine und den baltischen Ländern und die Redaktion leitet Evgenija Hardtleben vom ZDK. Der Berliner Verein ist vor allem durch das Aussteigerprogramm für Neonazis in Deutschland „Exit“ bundesweit bekannt. Ehrenamtliche ÜbersetzerInnen des DRA (derzeit: Alice Butler, Stephanie Hensche und Hartmut Siegel) übernehmen es, die Texte aus russischsprachigen Quellen ins Deutsche zu übertragen. Der Newsletter wird per Mail versandt, kann beim DRA bestellt werden (Email: info@austausch.org) und wird auch auf den Websites des DRA und des ZDK zu finden sein (<http://www.austausch.org/projekte/deutschland/rechtsextremismus.html>; www.zentrum-demokratische-kultur.de). Mit der Publikation wollen beide Partner Informationen über extremistische und nationalistische Tendenzen in der Region, aber auch über staatliche und zivilgesellschaftliche Initiativen gegen diese Strömungen zugänglich machen. Für die Übersetzungen werden noch weitere freiwillige HelferInnen gesucht; bei Interesse bitte melden bei Evgenija Hardtleben, ZDK, eha45@web.de

Quelle: *Deutsch-Russischer Austausch e.V., NEWSLETTER MAI 2008*, <http://www.austausch.org/newsletter.html>

Reportagen des Stipendienprogramms Rechtsextremismus und Antisemitismus in Mittel-, Süd- und Osteuropa

Um ein differenziertes Bild aktueller rechtsextremer und antisemitischer Entwicklungen im östlichen Europa zu zeichnen und Wissen über landesspezifische Aspekte, kulturelle Hintergründe und Opferinitiativen zu vermitteln, hat das Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost im Jahr 2007 erstmals 20 Recherchestipendien vergeben. Jedem Stipendiaten stand ein Reisebudget von 600 Euro zur Verfügung. Zur Unterstützung der Recherchen wurden zudem zehn Foto-Stipendien im Wert von je 400 Euro gewährt. Die besten Reportagen des Stipendienprogramms werden in einer Dokumentation vorgestellt, die kostenlos im Internet zu finden ist: <http://www.n-ost.de/cms/images//n-ost-stipendien-doku.pdf>

Quelle: *n-ost: Rechtsextremismus und Antisemitismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Berlin 2008.*

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de